

Presseinformation Nr. 82/2008

Pressesprecher: Martin Ittershagen
Mitarbeiter/innen: Anke Döpke, Dieter Leutert, Fotini Mavromati, Theresa Pfeifer, Martin Stallmann
Adresse: Postfach 1406, 06813 Dessau-Roßlau
Telefon: 0340/2103 -2122, -2827, -2250, -2318, -3927, -2507
E-Mail: pressestelle@uba.de
Internet: www.umweltbundesamt.de



Bauen und Wohnen belastet die Umwelt immer noch mehr als nötig

Neue Broschüre des Umweltbundesamtes (UBA) zeigt Lösungswege auf

Der Bau, die Bewirtschaftung und Nutzung von Häusern und Straßen beansprucht immer noch zu viele natürliche Ressourcen und fördert den Klimawandel: Nicht nur der weiter hohe Bedarf an fossilen Energieträgern wie Kohle, Öl und Gas für Heizung und Warmwasser schmälert die Umweltbilanz des Sektors „Bauen und Wohnen, auch die große Nachfrage nach Baumaterialien wie Steinen und Erden, Metallen oder Holz trägt dazu bei. UBA-Präsident Prof. Dr. Andreas Troge: „Wie wir bauen und wohnen, beeinflusst ganz erheblich die Qualität unserer Gesundheit und Umwelt. Der Mensch entreißt der Natur nicht nur mehr Baumaterialien, als diese bereit stellen kann, wir machen uns auch viel zu breit, nehmen zu viel Fläche in Anspruch.“ So gehen Rückzugsräume für Pflanzen und Tiere verloren. „Statt immer neue Häuser auf der grünen Wiese zu bauen, müssen wir zurück in die Zentren.“, so Troge weiter. Wesentlich entlasten ließe sich die Umwelt, falls vermehrt alte Häuser in den Zentren saniert würden, anstatt neue Gebäude an naturnahen Standorten zu errichten. Neue Wege zu einer dauerhaft umweltgerechten Bau- und Siedlungspolitik beschreibt die neue Broschüre „Nachhaltiges Bauen und Wohnen“.

Die Einsparpotentiale sind beachtlich: In den nächsten 25 Jahren ließen sich - ohne Komfortverluste - die zusätzliche Flächeninanspruchnahme um fast 85 Prozent reduzieren, der jährliche Verbrauch mineralischer Rohstoffe - wie Sand, Ton, Kalk, Kies oder Schiefer - um etwa 30 Prozent und die jährlichen Kohlendioxidemissionen um über 50 Prozent senken. Dazu sind Gebäude zu sanieren und zu modernisieren, die Attraktivität der Siedlungskerne zu steigern und unnötiger Wohnungsleerstand zu vermeiden. Neuansiedlungen sollten verstärkt innerhalb der Siedlungskerne auf Brachflächen stattfinden - zum Beispiel auf ehemals von Industriebetrieben, der Bundeswehr, Bahn oder Post genutzten Flächen sowie in Baulücken.

„Wer eine alte Wohnung hochwertig saniert, beansprucht deutlich weniger Baumaterialien als für einen kompletten Neubau.“, so UBA-Präsident Troge. Er rief dazu auf, bei der Entscheidung für ein Eigenheim auch an geänderte Bedürfnisse im Alter zu denken: „Wer zur Altersvorsorge auf das Land zieht, sollte sich fragen, ob Wohnung und Haus auch im Alter noch geeignet sind. Die sanierte Altbauwohnung in Zentrumsnähe ist da oft besser als das Reihenhaus auf dem Land - etwa weil Arzt und Lebensmittelgeschäft gleich um die Ecke liegen.“

Wie wird „Bauen und Wohnen“ nachhaltiger? Die Abschaffung der Eigenheimzulage und die Aufstockung der Gelder für die energetische Gebäudesanierung waren erste wichtige Schritte in die richtige Richtung. Das UBA schlägt weiter vor, die Neuinanspruchnahme von Flächen steuerlich stärker zu belasten. Das stärkte die Siedlungskerne und würde der zunehmenden Zersiedelung entgegenwirken. Ferner wünschenswert: Eine Vereinheitlichung des Einkommensteuerrechts, so dass auch die Kosten, die in den ersten drei Jahren nach Erwerb eines bestehenden Wohngebäudes für energetisch sinnvolle Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen entstehen, sofort oder über zwei bis fünf Jahre verteilt abgeschrieben werden könnten. Das würde erhebliche Investitionen in die energetische Sanierung der Gebäude auslösen und die Wirtschaft beleben. Die Aufnahme der wärmetechnischen Beschaffenheit eines Gebäudes als Kriterium in den Mietspiegel würde eine solche Entwicklung zusätzlich unterstützen.

Die Broschüre „Nachhaltiges Bauen und Wohnen“ steht unter <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3668.pdf> zum Download bereit.

Dessau-Roßlau, 25.11.2008
(3.690 Zeichen)